

Antragsteller: BV Köln/Bonn

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der möge beschließen:

1 Bildung, die wir meinen

2 Die Jungen Liberalen bekennen sich zum liberalen Bildungsideal Wilhelm von Humboldts. Wir
3 wollen Schülern Bildung ermöglichen, die mehr umfasst als Kernkompetenzen oder reine
4 Wissensakkumulation. Lediglich auf Verwertbarkeit ausgerichtete Qualifikationen in Sinne des
5 Literacy-Begriffs der PISA-Studien entsprechen ebenso wenig unserem Bildungsverständnis wie
6 die Modifikation des freien Willens nach der Kompetenztheorie. Die Kompetenzorientierung
7 lehnen wir daher ab und fordern die Rückkehr zu Lernzielen, die durch Kenntnisse, Fähigkeiten
8 und Fertigkeiten bestimmt sind.

9 Wir begrüßen, dass die Landesregierung in den Lehrplänen Inhalte wieder stärker in den
10 Mittelpunkt rücken will, denn erst Inhalte machen aus Kompetenzen Bedeutsamkeiten. Zu diesen
11 notwendigen Reformen der Lehrpläne sehen wir das Landesinstitut für Schule in Soest
12 (QUA-LiS) nicht in der Lage. Daher sprechen wir uns für die Auflösung von QUA-LiS aus.

13 Für die Weiterentwicklung der Lehrpläne und Ausbildungs- und Prüfungsordnungen fordern wir
14 ferner konkret:

15 – Die Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung in der gymnasialen Oberstufe
16 (APO-GOST) bedarf dringend einer Überarbeitung. Insbesondere die Bedingungen zur Wahl der
17 Abiturfächer sind nicht zeitgemäß; beispielsweise ist es Schülern aktuell nicht möglich, die
18 Abiturprüfung in zwei naturwissenschaftlichen Fächern abzulegen.

19 – Wir begrüßen die Einführung des Schulfaches Wirtschaft an Realschulen und die Erhöhung
20 seiner Stundenzahl an Hauptschulen, Gymnasien und Gesamtschulen. Mit der Umbenennung
21 der an Gymnasien und Gesamtschulen unterrichteten Fächer „Politik/Wirtschaft“
22 beziehungsweise „Politik“ in „Wirtschaft-Politik“ muss nun auch eine inhaltliche Neuausrichtung
23 einhergehen. Wir fordern, dass im wirtschaftlichen Teil des Faches Wirtschaft-Politik vor allem
24 volkswirtschaftliche Inhalte behandelt werden. Diese können durch Verbraucherbildung zwar in
25 begrenztem Umfang ergänzt werden, der Schulunterricht kann und soll aber nicht die Erziehung
26 durch die Eltern ersetzen. Es ist nicht Zweck der Schule, den Schülern vorrangig
27 lebenspraktische Nützlichkeiten beizubringen.

28 Darüber hinaus setzen wir uns für eine konsequente Orientierung des Unterrichts an empirischen
29 Ergebnissen ein. An den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung und an vielen
30 Hochschulen haben sich ideologisch begründete Konzepte zum dominierenden
31 Argumentationsmuster entwickelt, die empirischen Überprüfungen nicht standhalten: das
32 selbstbestimmte, selbstgesteuerte, eigenverantwortliche und problembasierte Lernen des
33 konstruktivistischen, kooperativen und entdeckenden Unterrichts überfordert die meisten
34 Schüler, vor allem jüngere und leistungsschwächere.

35 Unterrichtskonzepte, die empirisch widerlegt sind, dürfen nicht länger Grundlage der
36 Lehrerbildung sein. So kann es bei der Digitalisierung im Unterricht auch nicht um eine

37 Neuaufgabe des programmierten Lernens gehen, welches in Form von Selbstlernprogrammen
38 und Sprachlaboren bereits in der Vergangenheit gescheitert ist und aus gutem Grund nicht weiter
39 verfolgt wurde. Außerdem sollen einzelne Unterrichtsmethoden oder Sozialformen nicht aus
40 politisch-ideologischen Gründen einseitig bevorzugt oder benachteiligt werden.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum .